Bericht aus Berlin

23. Februar 2018

Liebe Freundinnen und Freunde,

auch wenn zum Teil schmerzliche Kompromisse nötig waren, trägt der Koalitionsvertrag deutlich auch die Handschrift der CDU. Wir wollen Deutschland gestalten, uns neuen Herausforderungen stellen und unser Land zukunftssicher machen. Dazu gehört angesichts terroristischer Bedrohungen die innere Sicherheit, aber auch soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, die die Grundlagen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind. Die gute wirtschaftliche Lage gibt uns dabei die Möglichkeit, Milliarden in Zukunftsthemen zu investieren und gleichzeitig die Bürger spürbar zu entlasten.

Investitionsschwerpunkte setzen wir im Bereich Schulen, Bildung und Forschung, aber auch bei der Infrastruktur. Neben Sanierung und Ausbau von Straße und Schiene liegt ein besonderes Augenmerk auf der flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet. Die viel zitierten „Datenautobahnen“ sind eine absolute Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands, in vielen Regionen sind hier – anders als bei uns - noch größte Anstrengen auf allen Ebenen gefordert. Sehr profitieren hingegen könnte unsere Region von der im Koalitionsvertrag verabredeten Schaffung von LNG-Infrastruktur, indem Brunsbüttel Standort eines LNG-/ Flüssigerdgas-Importterminals wird.

Trotz dieser Investitionen bleibt genug Raum für Entlastungen, die beim Bürger ankommen. Die Bandbreite reicht von Aufstockungen bei Kindergeld und Bafög über ein neues Baukindergeld und eine neue Grundrente bis hin zur von der CSU durchgesetzten Mütterrente II. Nicht zuletzt wird für über 90 Prozent der Steuerzahler der Solidaritätszuschlag ab dem Jahr 2021 komplett entfallen. Trotz Investitionen und Steuersenkungen steht die Union dabei konsequent zur „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt – und daran wird auch ein SPD-geführtes Finanzministerium nichts ändern. Über den Haushalt entscheidet einzig und allein der Bundestag und hier wird die Union darüber wachen, dass es keine Abkehr vom von Wolfgang Schäuble eingeschlagenen Weg der Konsolidierung gibt.

Parteiintern beschäftigt uns der sich zum Parteitag am kommenden Montag anbahnende Wechsel in der Position des Generalsekretärs. Annegret Kramp-Karrenbauers Bereitschaft, auf ihr Amt als Ministerpräsidentin zu verzichten, um sich ganz für die Partei zu engagieren, verdient Anerkennung und Respekt. Eine Volkspartei wie die CDU lebt von einem breiten Meinungsspektrum, dem konstruktiven Austausch unterschiedlicher Positionen, aber auch der Verarbeitung neuer gesellschaftlicher Entwicklungen. Ich bin überzeugt, dass es „AKK“ gelingen wird, die dafür notwendigen und wichtigen Grundsatzdiskussionen innerhalb der Union und darüber hinaus erfolgreich zu initiieren.

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, geht der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, MdB, auf folgende Themen ein:

- Wir sind bereit für eine stabile Regierung.
- EU braucht solide Finanzen nach dem Brexit.
- Wir sind stolz auf unsere Olympioniken.

Ihr/Euer

Mark Helfrich

Mark Helfrich
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon 030 227 78174
Fax 030 227 70175
mark.helfrich@bundestag.de
www.mark-helfrich.de

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Volker Kauder MdB
Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin

fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 20. Februar 2018
19. WP/06

I. Die politische Lage in Deutschland

Wir sind bereit für eine stabile Regierung.

Wir haben als Union mit der Einigung auf einen Koalitionsvertrag gezeigt, dass wir bereit sind, unserem Land eine stabile Bundesregierung zu geben. Die CSU hat dem Koalitionsvertrag als erste der drei Koalitionsparteien durch ihren Vorstand bereits am 8. Februar 2018 zugestimmt. Die CDU wird über den Vertrag bei ihrem Bundesparteitag am nächsten Montag abstimmen. Zugleich sendet die CDU mit dem zu erwartenden Wechsel im Amt des Generalsekretärs ein Zeichen der Erneuerung. Es ist außergewöhnlich, dass Annegret Kramp-Karrenbauer ihr Amt als Ministerpräsidentin aufgeben will, um als Generalsekretärin der Partei zu dienen. Dies zeugt von großer Verantwortungsbereitschaft, die wir gerade in diesen unruhigen politischen Zeiten brauchen. Gleichzeitig gilt unser Dank unserem Kollegen Peter Tauber für seinen Einsatz und sein Wirken in den letzten vier Jahren.

Wir stellen uns als Union gut auf und sind gut aufgestellt – das gilt auch inhaltlich. Der Koalitionsvertrag stellt eine gute Grundlage für die Zukunft unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger dar. Es ist uns gemeinsam, unter Beteiligung zahlreicher Mitglieder der Fraktion, gelungen, wichtige Inhalte unseres Regierungsprogrammes im Koalitionsvertrag mit der SPD festzuschreiben.

Es geht um die Modernisierung Deutschlands bei einer Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, indem wir die innere und die soziale Sicherheit ausbauen. Gleichzeitig wollen wir ein starkes Europa – das ist unser Ansatz für die kommenden vier Jahre.

Es wird bei der „schwarzen Null“ bleiben – darauf werden wir als Unionsfraktion achten, denn der Deutsche Bundestag beschließt den Bundeshaushalt und niemand anderes. Zudem haben wir festgeschrieben, dass die Beteiligungsrechte des Bundestages und des Haushaltsausschusses bei finanzwirksamen Entscheidungen auf EU-Ebene gewahrt bleiben; das gilt nicht nur, aber insbesondere bei einer möglichen Weiterentwicklung der Eurozone oder des ESM.

Wir werden die Bürger entlasten und den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der Steuerzahler ab 2021 abschaffen. Dank der guten wirtschaftlichen Lage bleibt noch viel Spielraum für Investitionen in die Zukunft: Milliarden stellen wir für Familien und die Modernisierung der Schulen zu Verfügung. Gleichzeitig wird der Bund dabei helfen, dass Grundschulkinder den ganzen Tag verlässlich betreut werden. Wir fördern den Ausbau des schnellen Internets in ganz Deutschland und sorgen dafür, dass bereitstehendes Geld schneller in Straßen und Schienen, aber auch in Wohnraum und Datenautobahnen verbaut werden kann. Nicht nur Beschäftigte, sondern auch Familien, Rentner und Studenten können sich auf mehr Geld freuen – höheres Kindergeld, Grundrente, Mütterrente II und höheres BAföG sind hierfür die Stichworte.

Wir stärken die Wirtschaft mit einer umfassenden Fachkräftestrategie und weiteren Investitionen in Forschung, Entwicklung und künstliche Intelligenz. Wir investieren in den ländlichen Raum und bekennen uns klar zur Vielfalt in der Landwirtschaft. Schließlich konnten wir uns mit unserer Idee der Steuerung und Begrenzung der Migration durchsetzen: Deutschland steht zu seinen humanitären Verpflichtungen, wir sorgen aber dafür, dass Nicht-Verfolgte unser Land verlassen und somit die Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht überfordert wird. Damit begegnen wir den Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger.

Selbst wenn es bei den Verhandlungen den einen oder anderen schmerzlichen Kompromiss gab, sind wir mit dem Ergebnis bestmöglich unserer Verantwortung den Bürgern und dem Land gegenüber gerecht geworden.

EU braucht solide Finanzen nach dem Brexit.

Das informelle Zusammenkommen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs wird sich vorwiegend dem Mittelfristigen Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) widmen. Die Staats- und Regierungschefs werden beim künftigen Finanzrahmen vor allem eine Aussprache über die politischen Prioritäten der EU ab 2021 führen und die Vorschläge der EU-Kommission vom 14. Februar 2018 beraten. Für uns ist klar: Die notwendigen Veränderungen durch das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs sollten wir als Chance begreifen, die EU-Finanzen an den aktuellen Herausforderungen Europas auszurichten. Zudem soll auch über die Möglichkeit transnationaler Listen bei Wahlen zum Europäischen Parlament sowie über die Art und Weise gesprochen werden, wie führende EU-Positionen etwa mit möglichen Spitzenkandidaten zu den Europawahlen besetzt werden.

Wir sind stolz auf unsere Olympioniken

Die deutschen Athleten sind bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang (Südkorea) überaus erfolgreich. Sie haben bereits zahlreiche Gold-, Silber- und Bronzemedaillen erstritten, aber auch viele gute Platzierungen kommen hinzu. Wir sind stolz auf unsere Olympiamannschaft. Die Sportlerinnen und Sportler repräsentieren unser Land in bester Weise. Sie stehen für Leistungsbereitschaft, Fairness und Weltoffenheit. Die Athleten sind wichtige Vorbilder insbesondere für unsere Jugend.

Wir wissen um die große Bedeutung des Sports für viele Menschen – vom Kind über die Berufstätigen bis hin zu den Senioren treiben viele Millionen regelmäßig Sport. Unsere Sportvereine leben vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder. Neben der Förderung des Breitensports durch Länder und Kommunen kommt der nationalen Spitzensportförderung eine wichtige Bedeutung zu. Wir werden u. a. mit der beschlossenen Spitzensportreform die Athleten künftig noch stärker in den Mittelpunkt rücken, um bestmögliche Trainingsbedingungen zu ermöglichen, eine bessere Absicherung zu erreichen und die Vereinbarkeit von Ausbildung, Beruf und Spitzensport zu stärken.

Im Anschluss an die Olympischen Winterspiele finden vom 9. bis 18. März 2018 die Paralympischen Winterspiele statt. Auch unserem paralympischen Team wünschen wir viel Erfolg und faire Wettkämpfe in Pyeongchang.

II. Die Woche im Parlament

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zu der informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs der EU-27 am 23. Februar 2018 in Brüssel. Das informelle Zusammenkommen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs wird sich wie oben dargestellt mit dem Mittelfristigen Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) sowie institutionellen Fragen rund um die Wahlen zum Europäischen Parlament befassen.

Vereinbarte Debatte zur aktuellen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten. Die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens bleibt von Instabilität, staatlicher Fragilität und Kampfhandlungen geprägt. Die akuten Krisen wirken sich in Form von Fluchtbewegungen und Terrorismus bis in unser Land unmittelbar aus. Die vereinbarte Debatte zur aktuellen Entwicklung der Region ist uns deshalb, aber auch aufgrund unserer historischen Verantwortung für den Staat Israel wichtig. Die akuteste Herausforderung der Region bleibt die Beilegung des Bürgerkriegs in Syrien, ein sehr schwieriges und komplexes Unterfangen aufgrund der zahlreichen Konfliktlinien und Akteure. Parallel zu dieser vielschichtigen Gemengelage werden umfassende politische Lösungen der Krisenherde im Irak und Jemen sowie der Umgang mit dem Iran erörtert.

Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2018 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2018). In zweiter und dritter Lesung beschließen wir den Gesetzentwurf über das ERP-Wirtschaftsplangesetz 2018. Das aus Mitteln des Marshallplans stammende ERP-Sondervermögen fördert seit über 60 Jahren die deutsche Wirtschaft. Die im Jahr 2018 verfügbaren Mittel von 790 Millionen Euro erzielen durch eine Hebelwirkung ein Fördervolumen von insgesamt 6,75 Milliarden Euro. In den Fokus der Förderung stellen wir kleine und mittelständische Unternehmen, die in ihrer Finanzierungssituation oftmals gegenüber Großunternehmen strukturell benachteiligt sind. Damit setzen wir den Beschluss des Deutschen Bundestags aus dem März 2017 zur optimalen Ausnutzung des ERP-Förderpotenzials um. Die ERP-Mittel werden zum großen Teil von der KfW in Form von Krediten, Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierung zur Verfügung gestellt.

Bericht über die Auswirkungen der Regelungen zum Elterngeld Plus und zum Partnerschaftsbonus sowie zur Elternzeit. Der Bericht der Bundesregierung stellt die jüngsten Entwicklungen und Erkenntnisse zum Elterngeld Plus, zum Partnerschaftsbonus und zur flexibleren Elternzeit dar. Laut Bericht haben sich im 3. Quartal 2017 28 Prozent der Eltern, die Elterngeld beantragt haben, für das Elterngeld Plus entschieden. Damit hat sich die Inanspruchnahme seit der Einführung zum 1. Juli 2015 verdoppelt. Die gewachsene

Nachfrage spiegelt sich auch in der Bewertung der Nutzer wider, wobei 77 Prozent der Mütter und Väter das Elterngeld Plus als „gute Sache“ bezeichnen. Den beteiligten Eltern sei es dem Bericht zufolge besonders wichtig, mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen zu können. Eine umfassendere Bewertung soll bis Mitte 2019 erfolgen.

III. Daten und Fakten

Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Straßenverkehr findet Zustimmung. Einer repräsentativen Umfrage des Digitalverbands Bitkom zufolge wünscht sich die Mehrheit der Bundesbürger den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI), um den Verkehrsfluss zu verbessern und Unfälle zu vermeiden. Demzufolge halten es 9 von 10 Bundesbürgern (89 Prozent) für sinnvoll, dass KI-basierte Systeme eingesetzt werden, um die optimal Fahrtroute zu finden und vor Unfallgefahren rechtzeitig zu warnen. Weiterhin gehen 86 Prozent der Befragten davon aus, dass KI-optimierte Ampelschaltungen innerstädtische Staus verringern werden. Eine knappe Mehrheit der Deutschen (58 Prozent) hält es zudem für sinnvoll, Künstliche Intelligenz auch bei selbstfahrenden Fahrzeugen einzusetzen. Die Zustimmung der jüngeren Generation zwischen 14 und 29 Jahre (65 Prozent) fällt hierbei etwas stärker aus als bei Älteren ab 65 Jahren (54 Prozent).
(Quelle: Bitkom)

Deutsche Exporte weiter auf Rekordniveau. Im Jahr 2017 wurden von Deutschland Waren im Wert von 1 279,4 Milliarden Euro exportiert. Demgegenüber standen Importe von 1 034,6 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anstieg von 6,3 Prozent respektive 8,3 Prozent gegenüber den bisherigen Höchstwerten aus dem Jahr 2016, wie das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt. Dementsprechend sank der deutsche Außenhandelsüberschuss im vergangenen Jahr leicht von 248,9 Milliarden Euro auf 244,9 Milliarden Euro. Wichtigster Handelspartner bleibt die Europäische Union, in deren Mitgliedstaaten Waren im Wert von 750 Milliarden Euro exportiert wurden. Im selben Zeitraum betrugen die Importe aus der EU 682,5 Milliarden Euro.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)